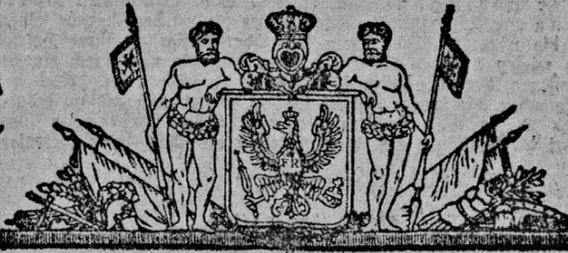


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion
(mit Ausnahme d. Handelsteils): LV. J. Elbau in Bl.-Tempelhof

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11, 800
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Erzberger über Wirtschaft und Finanzen

Etat ablehnung durch die Rechte.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde durch eine längere Rede des Reichsfinanzministers eingeleitet, die Zeugnis ablegte von dem großen Fleiß, den Herr Erzberger dem Studium volkswirtschaftlicher Zusammenhänge widmet. Seine Darlegungen waren auf nicht sachverständige Kreise berechnet und in Angriff und Abwehr auf populäre Wirkung eingestellt. Soweit sie dem Nachweis galten, daß die jetzige Regierung auf finanziellem Gebiet eine furchtbar schwere Erbschaft angetreten hat, die die Verfolgung nahelegte, sie auszusöhnen, waren sie unbestreitbar richtig. Die Angriffe, die diesen Verhältnissen nicht Rechnung tragen und der Steuerwirtschaft der neuen Regierung den Vorwurf übergroßer Härte machen, widerlegen sich selbst.

Soweit Herr Erzberger leichtes Spiel. Dagegen hat er nichts getan, um den Nachweis zu entkräften, daß alle seine Mittel und Mittelchen zusammengenommen des Uebel nicht kurieren können. Sie sind mehr oder weniger Ausflüsse eines fiskalischen Geistes, der die Steuern nimmt, wo er sie findet, dem aber die schöpferische Idee fehlt, um das Werkzeug der Steuer zum Hebel des Neuaufbaues der Wirtschaft zu machen. Ohne eine gründliche Erneuerung und Umgestaltung der Wirtschaft sind die Summen überhaupt nicht aufzubringen, die in Betracht kommen. Die Mittel der alten Steuerrechnung müssen hier versagen. Und daß Herr Erzberger über diese Mittel hinaus keinen Weg zu zeigen weiß, das ist der schwere Vorwurf, der seine Amtsführung trifft. Sie sind Stückerwerb, Aufschüßmittel, aber keine Lösung, nicht einmal der Weg dazu.

Eine organische Lösung führt von selbst auch zu einer Klärung der Frage der Durchführung des Friedensvertrages. Herr Erzberger hat in sehr verständiger Weise die gemeinsame Arbeit der durch den Krieg erdrückten Völker, unter Zurückstellung des alten Hasses, gefordert. Aber mit diesen allgemeinen Gesichtspunkten ist es nicht getan, auch nicht mit dem zutreffenden Hinweis auf die Tatsache, daß die Ausplünderung Deutschlands lediglich zu einer Weltwirtschaftskrise führen müßte, die überall verheerend wirken würde. Die Erkenntnis, daß die Heilung der Kriegsschäden eine gesamt-europäische Aufgabe sei, ist nach allen Nachrichten in den zutreffendsten Wirtschaftskreisen Frankreichs bereits sehr weit verbreitet. Die Aufgabe besteht darin, nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis den Nachweis zu liefern, daß auch in Deutschland der Geist einer verständigen Kooperation zum Durchbruch gelangt ist. Auch hier könnte der Reichsfinanzminister schöpferisch wirken, wenn er zusammen mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft alsbald scharf umrissene Vorschläge machen würde. Damit wäre auch die Bahn beschritten, die ganz von selbst an die Stelle der unmöglichen Theorie des Friedensvertrages die fruchtbare Praxis setzen würde.

Bei der Schlussabstimmung fanden sich die Rechte mit der äußersten Linken zusammen in der leeren Demonstration der Etat-Ablehnung.

Im übrigen verlief die dritte Lesung des Etats in dem beschleunigten Tempo, das durch den Wunsch beflügelt wird, die dringend erwünschte Pause in den Verhandlungen sich zu verdienen. Diese Pause bedeutet freilich nur für einen Teil der Parlamentarier die Möglichkeit, zu Hause nach dem Rechte zu sehen. Denn die wichtigsten Ausschüsse wirken weiter, und morgen ist gleich ein großer Tag des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Den Bericht über die Sitzung geben wir auf der 4. Seite.

11. November Tag der Ratifizierung.

os Rotterdam, 30. Oktober.

Der englische Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, **Harmsworth**, erklärte gestern im Unterhause, daß der Friedensvertrag am 11. November, dem Jahrestag des Waffenstillstandes ratifiziert werden und von diesem Tage in Kraft treten werde.

Der Fünferat hielt normittags eine Sitzung unter dem Vorsitz Clemenceaus ab, um Kenntnis zu nehmen von den Berichten der verschiedenen technischen Kommissionen betreffend die Verletzungen, die Deutschland bei Ausführung des Waffenstillstands in militärischer, finanzieller und maritimer Hinsicht begangen haben soll. Den militärischen Bericht erstattete Marschall **Foch**, den maritimen Bericht Kommandant **Fuller** von der englischen Marine und den finanziellen Bericht der französische Generalschiffmeister **de Celles**. Der Fünferat beschloß laut „**Temps**“, Deutschland an die Erfüllung der Waffenstillstands-Klauseln zu erinnern, und erörterte die Frage, welche Strafauflagen gegebenenfalls gemacht werden könnten.

Der Fünferat beschloß alsdann, eine Note an die deutsche Friedensdelegation zu richten und Deutschland aufzufordern, in Oberschlesien die geplanten Kommunalwahlen nicht vorzunehmen zu lassen, da vor der Ankunft der interalliierten Kommission, die zeitlich das Land verwalten solle, keine Neuwahlen stattfinden könnten.

Protest gegen die Ostseesperre.

Die Note der deutschen Regierung.

Berlin, 30. Oktober. (B. L. B.)

Die deutsche Regierung hat folgende Note in Paris überreichen lassen: Die interalliierte Marinekommission hat der deutschen Marinekommission am 10. Oktober folgenden Funkspruch übermittelt:

„Infolge des Angriffs auf Riga werden alle Freifahrterlaubnisse für Schiffe in der Ostsee vorübergehend außer Wirkung gesetzt. Schiffe, die sich in der Ostsee befinden, sind zurückzurufen, und keinen anderen Schiffern ist die Erlaubnis zu geben, in See zu fahren, solange diese Außerkraftsetzung dauert. Deutsche Schiffe, die in der Ostsee in See befindlich angetroffen werden, sind der Beschlagnahme durch die Alliierten unterworfen, Minenräumboote sind zurückzurufen.“

Das Ersuchen der deutschen Marinekommission um Bestätigung, daß die deutsche Schifffahrt in deutschen Küstengewässern nicht behindert werden würde, wurde von der Interalliierten Marinekommission am 14. wie folgt beantwortet: „Die Außerkraftsetzung der Freifahrt für deutsche Schiffe schließt die territorialen Gewässer ein.“

Erst durch Funkspruch vom 26. ist die Sperre für diese Gewässer aufgehoben worden. Nach den der deutschen Regierung zugegangenen Mitteilungen befinden sich auf der See von Riga acht deutsche Schiffe, welche von englischen Seestreitkräften zum größten Teil in estnischen Hoheitsgewässern angehalten und dort in erigebacht worden sind, im übrigen an der Ausfahrt aus dem dortigen Hafen verhindert wurden. Andere Schiffe werden in Dänemark festgehalten, darunter ein Schlepper mit zwei Leuten und einer Ladung von 1400 Tonnen Kohle, der auf der See von Pillau auf der Fahrt nach Königsberg angehalten wurde. Mehrere Segler wurden in der Nähe der dänischen Küste festgehalten.

Sämtliche Schiffe hatten die erforderliche Fahrterlaubnis der interalliierten Marinekommission und waren teils vor Ausbruch der Sperre durch die Kommission, teils zu einem Zeitpunkt ausgefahren, der zum Teil schon wegen Mangels an kundenlegationsmäßiger Einrichtung eine rechtzeitige Warnung an sie unmöglich machte.

Im übrigen hat die Maßnahme zu einer sehr schweren Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens geführt. Zahlreiche deutsche Schiffe liegen in den deutschen Ostseehäfen fest, unentbehrliche Rohstoffe (Erze usw.) und Lebensmittel, namentlich Fleisch und die in Danemark gekauften Kartoffeln, können, was bei der äußerst ungünstigen Kartoffelernte sehr bedenklich ist, auch mangels der Möglichkeit, deutschen Frachtraum für sie zur Verfügung zu stellen, nicht der Wirtschaft zugeführt werden.

Durch die Einführung der Sperre auf die Fischerei, die innerhalb der Küstengewässer nur in ganz beschränktem Umfang möglich und wenig erträglich ist, entsteht nicht nur ein empfindlicher Ausfall an Nahrungsmitteln für die Großstädte des Binnenlandes und des wehrere tausend Rentner täglich umfassenden Ertrages des Ostseefischzuges, sondern auch schwere Schäden für die Fischereibevölkerung, die ohne Familienangehörige allein 15 000 Köpfe umfaßt.

Durch bloße Freigabe an die Schifffahrt in den Territorialgewässern können diese Schädigungen nicht wieder gut gemacht werden. Vor allem wird diese Beschränkung auch die Heranführung der zur Vermeidung des völligen Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens in Ostpreußen notwendigen Kohlenmengen wesentlich erschweren. Hier hat die durch die Sperre auch der Küstengewässer herbeigeführte völlige Unmöglichkeit, die schwer überlasteten Bahnen auf dem Wasserwege zu unterhalten, sogar bereits zur Einstellung des Betriebes des Elektrizitätswerkes in Königsberg geführt, wo auch Gas- und Wasserwerk mit Stilllegung bedroht sind.

Die deutsche Regierung hat in ihren Notizen, insbesondere in denen vom 3. und 16. Oktober zur Frage der Räumung des Baltikums den Nachweis erbracht, daß sie mit allen Mitteln bestrebt ist, den Rückzug ihrer Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen mit größter Energie durchzuführen. Die alliierten und schiedlichen Regierungen haben in ihrer Note vom 10. Oktober die Zweckmäßigkeit der dieserhalb von der deutschen Regierung eingeleiteten Maßnahmen ausdrücklich anerkannt. Auch haben sie den Vorschlag angenommen, alliierte Vertreter zu entsenden, um von den getroffenen Maßnahmen nähere Kenntnis zu nehmen und etwaigen Falls anderweitige Vorschläge zu machen.

Indem die deutsche Regierung im übrigen auf ihre Stellungnahme im einzelnen in der Note vom 16. Oktober Bezug nimmt, weist sie darauf hin, daß an den Unternehmungen bei Riga, die als äußerer Anlaß für die Maßnahme der interalliierten Marinekommission angeführt worden sind, die deutschen militärischen Stellen unbetellig sind. Sofern etwa unter westrussischem Befehl stehende frühere deutsche Truppen daran teilgenommen haben sollten, kann die deutsche Regierung nur wiederholen, daß sie ihrerseits alles versucht hat, um dies zu verhindern.

Wenn trotz dieser Sachlage eine Sperre gegen die deutsche Schifffahrt und weite deutsche Küstentriebe verhängt und dabei sogar zeitweise über die nach anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen Deutschland zustehende Gebietshoheit über seine Küstengewässer hinweggegangen wurde, so muß die deutsche Regierung gegen diese unangehörigen Vergeltungsmaßnahmen, durch die zahllose, an den Vorgängen im Baltikum gänzlich unbetelligte

Deutsche schwer geschädigt werden, nunmehr feierlichst vor aller Welt Bewahrung einlegen.

Die deutsche Regierung hat von Ihrer Mitteilung vom 27. Kenntnis genommen, daß die interalliierte Marine-Waffenstillstandskommission angewiesen worden ist, alle Maßnahmen zu treffen, um den diesigen Vorstellungen, die sich keineswegs auf Fischerboote und sonstige kleine Fahrzeuge beschränkt haben, zu entsprechen. Sie muß jedoch feststellen, daß bisher, abgesehen von dem eingangs erwähnten Funkspruch vom 26. und der auf besondere Anfrage erfolgten Wiederholung der Minenräumarbeiten den zuständigen deutschen Stellen von der genannten Marinekommission keinerlei Mitteilungen, weder hinsichtlich der in Ihrer Note vom 27. besonders erwähnten Fischerboote noch hinsichtlich der nicht erwähnten Zufuhren aus den neutralen Ländern zugegangen sind.

Andererseits vermag die deutsche Regierung, worauf von der deutschen Friedensdelegation von vornherein hingewiesen worden ist, irgendwelche militärische Gründe für den Fortbestand der drückenden Einschränkungen nicht zu erkennen. Höchstens für eine Absperrung der Küste von der deutschen Grenze bis zur südlichen Grenze Finnlands, nicht aber für die Stilllegung der gesamten deutschen Ostseeschifffahrt außerhalb der deutschen Küstengewässer, könnten Gründe militärischer Art angewendet werden.

Die deutsche Regierung ersucht daher die alliierten und assoziierten Regierungen nochmals dringend, die Maßnahmen, die bei ihrer Anordnung ausdrücklich als vorübergehend bezeichnet worden sind, nunmehr völlig aufzuheben und Anordnungen zu treffen, daß alle festgehaltenen Schiffe, die sich zur ihrer Festhaltung in Unkenntnis der angeordneten Sperre befinden, ihren Eigentümern zurückgegeben werden.

Die in der Note erwähnte Mitteilung des Herrn Clemenceau vom 27. Oktober lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte haben Ihre Vorstellungen hinsichtlich der Schifffahrt der Fischerboote und anderer kleiner Fahrzeuge deutscher Nationalität in der Ostsee geprüft. Sie haben die interalliierte Marine-Waffenstillstandskommission angewiesen, alle Maßnahmen zu treffen, um den Vorstellungen der deutschen Regierung nach Möglichkeit und insoweit Genüge zu tun, als derartige Maßnahmen nicht den als unumgänglich erachteten militärischen Maßregeln widersprechen würden.“

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Eine zweite Note an die Entente.

Eine zweite Antwortnote an die Entente, die Antwort auf das Blockadegehehrn gegen Sowjetrußland, ist ebenfalls bereits unter 29. Wie wir hören, wird darin ausgeführt, daß auch wir die Notwendigkeit der Bekämpfung des Bolschewismus unbedingt anerkennen, nur halten wir das Mittel der Hungerblockade, unter der wir selbst fünf Jahre so unendlich schwer gelitten, nicht für das richtige. Deutschland erklärt sich bereit, in Verhandlungen über Maßnahmen zur Bekämpfung des Bolschewismus mit den Mächten einzutreten, jedoch nur auf dem Boden der völligen Gleichberechtigung, und nicht in einem Augenblick, wo wir selbst durch die neue unerhörte Blockade der Ostsee bedrückt werden.

Amsterdam, 30. Oktober. (B. L. B.)

In der Unterhausung vom 28. erklärte Harmsworth in Beantwortung einer Anfrage, daß bisher Antworten der neutralen Regierungen und Deutschlands über die faktische Blockade Rußlands nicht eingegangen seien. Die alliierten Kriegsschiffe hätten Anweisung erhalten, Schiffe, die sich auf dem Wege nach Rußland befinden, aufzuhalten und zurückzuführen.

Die „Times“ vom 28. Oktober meldet von folgendem drachlosen Telegramm aus Moskau, das an die deutsche Regierung übermittelt worden sei: „Die russische Regierung hat Kenntnis davon erhalten, daß die Ententemächte der deutschen Regierung eine Aufforderung haben zulommen lassen, an der Blockade Sowjetrußlands tätigen Anteil zu nehmen. Die deutsche Regierung wird hingewiesen auf die Tatsache, daß, wenn Deutschland an der Blockade Sowjetrußlands teilnimmt, dies von der Sowjetregierung als ein wechelseitiger feindlicher Akt angesehen werden wird. Die Sowjetregierung zweifelt nicht, daß die deutsche Regierung sich der Folgerungen wohl bewußt ist, die ein solcher Schritt zur Folge haben würde und daß unter solchen Umständen die Sowjetregierung entschlossen ist, mit entsprechenden Gegenmaßnahmen vorzugehen. Die Sowjetregierung vertraut darauf, daß